

Unsichere Zukunft im Anmarsch

Vorsorge adé: Zur Sonderauswertung Junge Beschäftigte des DGB-Index Gute Arbeit.

Junge Beschäftigte sind die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt: Sie sind deutlich häufiger mit sehr schlechter als mit guter Arbeit konfrontiert. Dies ist das zentrale Ergebnis der Auswertung des DGB-Index Gute Arbeit mit dem speziellen Fokus auf ArbeitnehmerInnen unter 30 Jahren, die die DGB-Jugend im November 2008 veröffentlicht hat.


Die Studie zeigt eine schwierige Realität der Arbeitswelt: Junge Menschen arbeiten häufig unter Bedingungen mit wenig Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten und hohem Arbeitsdruck. Gerade mal neun Prozent der Befragten bewerten ihre Arbeitsrealität als gut – das sind noch mal zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Insbesondere die wichtigsten Aspekte werden von den jungen Beschäftigten am sehnlichsten vermisst: ein faires Einkommen und berufliche Sicherheit.

Das hat Folgen: 67 Prozent der jungen Menschen haben Angst um ihre berufliche Zukunft. Dies ist ein Zeichen dafür, dass junge Beschäftigte mit den Folgen eines vermeintlich flexiblen Arbeitsmarktes zu kämpfen haben. Für private Lebensplanung ist dann kein Platz mehr.

Angesichts dieser Situation machen

ENDLICH DA

KDV-Broschüre

Brisante Infos: Die DGB-Jugend bringt ihre Handreichung für den Kriegs- und Ersatzdienst heraus. Mit Tipps, Tricks und Politik. 

Zu bestellen auf www.dgb-jugend.de, »Broschüren«



DGB-JUGEND: INFORMATION



Arbeit im Blick der Jugend: Die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2008. Im Download: www.dgb-jugend.de

sich viele junge Menschen schon heute Sorgen um ihr Auskommen im Alter: Lediglich fünf Prozent erwarten, dass ihr Renteneinkommen ausreichend sein wird. Und nur noch 45 Prozent der jungen Beschäftigten glauben, ihre derzeitige Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können. Da viele das Einkommen für den täglichen Lebensunterhalt vollständig verbrauchen müssen, haben sie nicht die Möglichkeit, privat Vorsorge für das Alter zu betreiben. Daher geben 36 Prozent auch eine schlechte Prognose ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Selbsteinschätzung verschlechtert: 2007 waren noch 49 Prozent der jungen ArbeitnehmerInnen optimistisch und 32 Prozent pessimistisch.

Hier zeigt sich, dass gute Arbeitsbedingungen einen starken Einfluss auf die Selbsteinschätzung haben: Wenn der Rahmen stimmt, können sich 80 Prozent der Be-

INHALT

3 thema

Gefordert: Mindestlohn und Entfristung. Der DGB-Index Junge Beschäftigte 2008

4 ausbildung + beruf

Hohes Risiko: Junge Leute auf Hartz IV

GEW: Gesetz für Hochschulzugang dringend notwendig

5 projekte

Bundtagswahl 2009: Die Vorbereitungen der DGB-Jugend

Kosten senken wollen: Die DGB-Jugend und die DIHK-Praktika-Studie

6 jav-ratgeber


Ausbildung zum JAVi: Die erste Schulung

7 bezirke + gewerkschaften

Ehrenamt Europa: Die ver.di Jugend auf dem Kongress der Dienstleistungsgewerkschaften

fragten vorstellen, gesund das Rentenalter zu erreichen. Dagegen glauben nur 20 Prozent der jungen Beschäftigten mit schlechter Arbeit, unter den jeweiligen Bedingungen das Rentenalter zu erreichen.

Unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden aber nicht alle Beschäftigtengruppen im gleichen Ausmaß – junge Frauen sind weiterhin gegenüber jungen Männern im Nachteil. Junge Menschen, die im Verkauf, im Vertrieb oder im sozialen Bereich beschäftigt sind, finden seltener gute Arbeitsbedingungen vor als Bürobeschäftigte. Und junge Beschäftigte mit unsicheren Arbeitsverträgen berichten von deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen insgesamt.

Aus Sicht der DGB-Jugend ist es alarmierend, dass sich die Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter weiter verschlechtert haben. Gerade in einer Phase, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht, sind junge Menschen stark verunsichert und materiell eingeschränkt. Es besteht akuter politischer Handlungsbedarf – insbesondere in Bezug auf Armutslöhne und unsichere Beschäftigungsperspektiven. 

Weiter geht's auf Seite 3.

IGB warnt

Gefährdete GewerkschafterInnen ■ Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat die Ermordung von weltweit 91 GewerkschafterInnen im vergangenen Jahr beklagt. Das gefährlichste Land sei erneut Kolumbien gewesen, wo 39 von ihnen gewaltsam ihr Leben verloren. Eine »alarmierende Gewerkschaftsfeindlichkeit« habe es aber auch anderswo gegeben.

In 63 Ländern wurde laut IGB über ernsthafte und systematische Belästigungen und Einschüchterungen berichtet. 73 GewerkschafterInnen seien 2007 inhaftiert worden, darunter allein 40 im Iran.



N. Sarkozy

Das Streikrecht wird nach Auffassung des IGB auch in mehreren EU-Mitgliedstaaten untergraben. Im aktuellen EU-Vorsitzland Frankreich habe Präsident **Nicolas Sarkozy** ein Gesetz eingeführt, das Streiks im öffentlichen Verkehrswesen stark einschränke. In Belgien gebe es einen ähnlichen Trend. Zudem gefährdeten einige Urteile des Europäischen Gerichtshofs die Gewerkschaftsrechte in der EU.

www.ituc-csi.org/spip.php?article2542&lang=de

BA ohne Daten

Nächstes Jahr wieder ■ Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) von neuen Daten zum Ausbildungsstellenmarkt gibt's erst wieder ab März 2009. Die Ergebnisse für das Vermittlungsjahr (jeweils 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres) werden von Oktober bis einschließlich Februar nicht veröffentlicht, da – nach Angaben der BA – isolierte Monatsdaten über den Ausbildungsstellenmarkt, der auf den Ausgleich zum Berichtsjahresende am 30. September ausgerichtet ist, wenig aussagekräftig sind.

Falscher Trend

Teilzeitarbeit ■ Die Zahl der Vollzeitstellen ist nach Angaben des DGB im Vergleich zum Jahr 1995 drastisch gesunken. Im vergangenen Jahr habe sie um rund 2,5 Mio. unter dem Niveau Mitte der neunziger Jahre gelegen. Gleichzeitig hat sich das Gewicht zwischen Vollzeit und Teilzeit deutlich verschoben. Demnach verzeichnete die Teilzeit 2007 Beschäftigungsgewinne von fast 40%, während jede zehnte Vollzeitstelle verloren gegangen sei. Besonders hart sei der Einbruch im Osten Deutschlands gewesen, wo jede vierte Vollzeitstelle wegfallen sei. Zugleich sei die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen gewachsen. Die Real-löhne der GeringverdienerInnen seien von 1995 bis Mitte 2000 um fast 14% gesunken, während das gut verdienende oberste Viertel Zuwächse von 3,5% verbucht habe.

Drogenkinder

Rauchen und Trinken ■ Nach den neuesten Zahlen der Repräsentativerhebung »Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) unter jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren ist der Raucheranteil bei den Minderjährigen auf den niedrigsten Stand seit 1979 gesunken. Auch der Cannabiskonsum ist seit 2004 rückläufig. Der problematische Alkoholkonsum, insbesondere das exzessive Rauschtrinken, ist noch immer stark verbreitet. **Sabine Bätzing**, Drogenbeauftragte der Bundesregierung: »Der Rückgang der Raucherquote unter jungen Menschen ist ein Erfolg der Tabakpolitik in Deutschland. Vor allem im Bereich des Alkoholkonsums besteht noch Nachholbedarf.« Alkohol ist bei den Heranwachsenden das am weitesten verbreitete Suchtmittel. Bei den 12- bis 17-Jährigen tranken 2008 noch 17,4% regelmäßig Alkohol, 2004 waren es 21,2%.



S. Bätzing

www.bzga.de

Atomkraft

Macht nur Angst ■ Kinder und Jugendliche haben laut dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) Angst vor der Atomkraft. Sie wollen weder neue Kraftwerke noch gefährliche End- oder Zwischenlager. Der DBJR fordert deswegen, den Ausstieg aus der Atomenergie zu beschleunigen. Zwischenfälle zeigten, dass die Idee der »sicheren Atomkraft« ein Trugschluss sei.

www.dbjr.de

Geschenkanspruch

Weihnachtsgeld ■ Das DGB-Jugend-Projekt »Students at work« macht darauf aufmerksam, dass vielen studentischen Aushilfen oder regelmäßig jobbenden Studierenden das Weihnachtsgeld zusteht. Denn ein Arbeitgeber darf Arbeiter und Angestellte beim Weihnachtsgeld nicht unterschiedlich behandeln.

www.dgb-jugend.de/studium

Ungleichheit muss weg

UNESCO-Bildungsbericht ■ Eines von drei Kindern in Entwicklungsländern ist, wenn es das Grundschulalter erreicht, durch Mangelernährung geschädigt, in Südasien sind es sogar 40%. Immer noch gehen 75 Mio. Kinder weltweit nicht zur Grundschule, in Afrika südlich der Sahara betrifft dies sogar fast ein Drittel aller Kinder. Dies geht aus dem Weltbericht »Bildung für alle« vor, der von der UNESCO im November 2008 in Genf vorgestellt wurde.

www.unesco.org/en/education/efareport

Studienbewegung

Surfen ■ Fast drei Viertel (73%) der deutschen Studierenden bewegt sich täglich zwischen einer und drei Stunden aktiv im Internet, ein knappes Viertel surft sogar vier bis sechs Stunden pro Tag. Dabei greifen die Studierenden besonders häufig auf die Online-Enzyklopädie Wikipedia und auf Social Communities wie StudiVZ, FaceBook, MySpace oder Xing zu.

www.his.de

Mehr Zuwendung

Hartz IV/1 ■ Familien mit Kindern und Hartz IV-Haushalten winkt mehr Geld. Das geht aus dem aktuellen Existenzminimumbericht der Bundesregierung hervor. Danach soll der jährliche Steuerfreibetrag für Kinder vom kommenden Jahr an auf je 6.024 Euro angehoben werden – von bisher 5.808 Euro. Zudem können auch die gut sieben Mio. EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe 2009 und 2010 mit mehr Geld rechnen. Nach der Prognose des Finanzministeriums zeichnet sich eine Anhebung des so genannten Regelsatzes um 1,9 und 2,3% im Jahresdurchschnitt ab. Für alleinstehende Hartz IV-BezieherInnen steigt nach der Prognose der Regelsatz 2009 von derzeit durchschnittlich 349 auf 356 Euro monatlich, 2010 auf 364 Euro.

Mehr Klassenfahrt

Hartz IV/2 ■ Müssen Kinder von Hartz IV-BezieherInnen zu Hause bleiben, wenn ihre MitschülerInnen zur Klassenfahrt aufbrechen? Das Bundessozialgericht in Kassel hat eindeutig geurteilt und einer Berliner Familie recht gegeben: Die Jobcenter tragen die Kosten – auch wenn die Reise weit, lang und teuer ist. Zwar seien die »moralischen Bedenken« gegen die Finanzierung teurer Schülerausflüge gut nachvollziehbar. Doch die könne das Land nur verbieten, wenn es per Schulgesetz solche Reisen untersage.

Bundessozialgericht Kassel, Az.: B 14 AS 36/07 R

Prekäre Kiste

Im Betrieb ■ Eine vom Mitarbeiter als schlecht empfundene Beziehung zum Vorgesetzten schädigt das Unternehmen nachhaltig. Das belegt die Herbststudie der Universität Lüneburg.

49,3% der Befragten, die mit der Führungsbeziehung unzufrieden sind, suchen aktiv einen neuen Arbeitgeber. Bewertet wurden in der Studie Aspekte wie Fairness, Unterstützung bei beruflichen Zielen sowie das menschliche Verhältnis. »Ob ein Arbeitnehmer das Verhältnis zum Vorgesetzten negativ oder positiv beurteilt, ist wesentlich für seine Bindung ans Unternehmen«, so Studienleiter **Albert Martin**.

Qualifizierung und Übernahme

Laut DGB-Index Gute Arbeit 2008 arbeiten mehr als 60 Prozent der befragten jungen Leute unter unsicheren Bedingungen. Die DGB-Jugend fordert dringend Korrekturen.

Gute Neuigkeiten sind dies nicht: Die Einkommenssituation junger Beschäftigter hat sich im Vergleich zu 2007 deutlich verschlechtert. Das geht aus der Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2008 Junge Beschäftigte hervor, die die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock und DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf am 25. November 2008 in Berlin vorgestellt haben.

Für den repräsentativen DGB-Index Gute Arbeit 2008 wurden 6.835 Beschäftigte befragt. Die Sonderauswertung bezieht sich auf 1.080 Befragte im Alter von bis zu 30 Jahren.

Die Zahlen: 62 Pro-

zent der Unter-30-jährigen Vollzeitbeschäftigten erhalten ein Bruttoeinkommen von unter 2.000 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um elf Prozentpunkte. Das ist der Trend am Arbeitsmarkt: Während die Ansprüche in allen Branchen steigen und junge Beschäftigte heute höhere Qualifikationen mitbringen, entwickelt sich das Einkommensgefüge auseinander. Mehr als 60 Prozent der jungen Beschäftigten arbeiteten unter unsicheren Arbeits- und Einkommensbedingungen: entweder zu Niedriglöhnen unter 1.500 Euro (20 Prozent) und/oder befristet (26 Prozent), in Zeitarbeit (fünf Prozent) oder in

Minijobs (zehn Prozent).

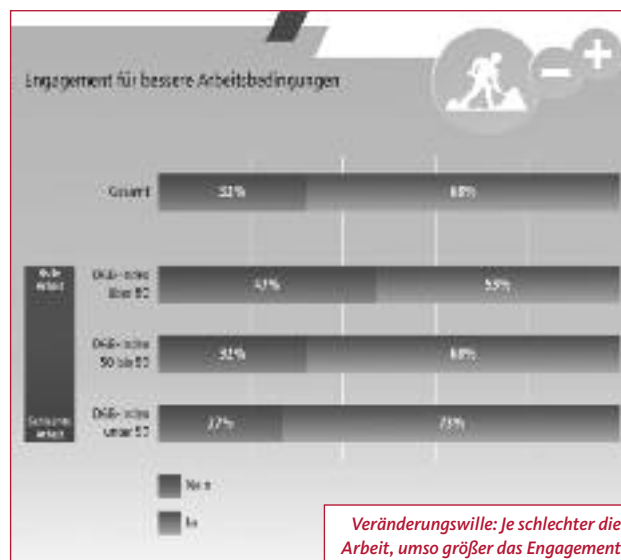
DGB und DGB-Jugend sehen in der Einführung eines Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro eine der notwendigen politischen Antworten auf diese Situation. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn wären viele junge Beschäftigte nicht länger gezwungen, trotz Vollzeitjob ihren Eltern, PartnerInnen oder dem Staat auf der Tasche zu liegen.

Eine weitere Forderung:

Zeitarbeit darf nicht länger zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führen. Mit einem Anteil von fünf Prozent sind doppelt so viele junge Menschen dort beschäftigt

wie im Schnitt aller Erwerbstätigen. Es ist zu befürchten, dass diese jungen Leute besonders stark von den aktuellen Entlassungen in der Zeitarbeitsbranche betroffen sind. »Das macht sie zur arbeitsmarktpolitischen Manövriermasse, sagt Sehrbrock: »Das ist politisch ein Skandal und wirtschaftlich kurzsichtig, denn Unternehmen sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen.«

Die DGB-Jugend hat die Arbeitgeber aufgefordert, jungen MitarbeiterInnen eine Perspektive zu geben, statt ihnen möglichst



viel Arbeitskraft für möglichst wenig Geld abzufordern. Rudolf: »Jobs für junge Beschäftigte müssen sicherer werden: durch möglichst viele unbefristete Arbeitsverträge, eine faire Bezahlung und gute Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.«

Ein wichtiger Beitrag zu besseren Berufsaussichten sind auch die Übernahme junger Menschen nach der Ausbildung.

...faire Bezahlung, gute Qualifizierung und die Übernahme junger Menschen nach der Ausbildung.

In diesem Sinne gibt es aber auch eine erstaunlich positive Zahl: Erfreulich ist die nach wie vor hohe grundsätzliche Bereitschaft junger Beschäftigter, sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu engagieren: Sie liegt bei 68 Prozent – und damit deutlich höher als bei den älteren Beschäftigten. [S](#)

www.dgb-jugend.de

SONDERAUSWERTUNG

Jugend im DGB-Index

Zukunftsangst gestiegen

- Zwei Drittel der jungen Beschäftigten haben Angst um ihre beruflichen Zukunft
- Lediglich 25% beziehen ein Einkommen von mindestens 2.000 Euro und sind unbefristet beschäftigt
- Über 60% haben ein Arbeitsverhältnis, das als prekär eingestuft werden kann. Sie arbeiten entweder zu Niedriglöhnen unter 1.500 Euro brutto/monatlich und/oder sind atypisch beschäftigt (befristete Beschäftigung, Leiharbeit oder Minijobs).

Junge Frauen weiterhin im Nachteil

- Junge Frauen leiden häufiger unter sehr

schlechten Arbeitsbedingungen (31%) als junge Männer (27%)

- Junge Frauen beziehen häufiger Armutslöhne von unter 800 Euro brutto/monatlich trotz Vollzeitarbeit (10%) als junge Männer (4%).

Vertrauen in die Rente? Fehlanzeige!

- Nur 45% der jungen Beschäftigten antworten auf die Frage, ob sie glauben, ihre Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können, mit »Ja, wahrscheinlich« (2007: 49%). 5% glauben, dass ihr Renteneinkommen ausreichend sein wird.

Arbeitszufriedenheit

- Die Gruppe derer, die zwar mit ihrer Arbeit zufrieden sind, aber an ihrer Arbeitssituation gerne etwas verbessern wollen, nimmt gegenüber 2007 (59%) deutlich auf 45% ab.

- Dagegen nimmt die Gruppe der jungen Beschäftigten, die froh sind, überhaupt Arbeit zu haben, von 12% im Jahr 2007 auf 14% im Jahr 2008 zu. Ebenso sind die »Resignierten« – also diejenigen, die unzufrieden sind, ohne das Gefühl zu haben, etwas verändern zu können – mehr geworden: 4% im Jahr 2008 gegenüber 2% im Jahr 2007.

Arbeitgeber auf die Ersatzbank

- Angesichts der Gesamtverschlechterung der Arbeitssituation von jungen Beschäftigten ist es nicht verwunderlich, dass der Anteil derjenigen gestiegen ist, die, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihren Arbeitgeber wechseln würden: 38% (2007: 32%). Nur 40% würden bei ihrem Arbeitgeber bleiben (2007: 45%). [S](#)

Hohes Risiko...

...nicht mehr rauszukommen: Nach neuen IAB-Daten schafft nur jeder Dritte unter 30 Jahren den Ausstieg aus Hartz IV, wenn er einmal dabei ist.

Rund 40 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren, die im Januar 2005 Arbeitslosengeld (ALG) II bezogen, waren bis Ende 2006 durchgehend auf diese Leistung angewiesen. Das zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Rund 60 Prozent der jungen ALG II-BezieherInnen konnten demnach innerhalb

des Beobachtungszeitraums von zwei Jahren ihre Hilfebedürftigkeit überwinden. Doch die anderen in dieser Gruppe hat im selben Zeitraum zumindest vorübergehend erneut ALG II in Anspruch nehmen müssen. Nur rund ein Drittel der jungen Erwachsenen hat in den zwei Jahren den Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit dauerhaft geschafft.

»Die Ergebnisse verweisen auf ein hohes Risiko für die jungen Erwachsenen, dass sich ihr Hilfebezug verfestigt«, warnt die Autorin der Studie Brigitte Schels. Armutserfahrungen in dieser Lebensphase werden in der Sozialforschung als besonders gravierend angesehen. Vor allem längerfristige finanziel-

le Notlagen könnten die Entwicklungsmöglichkeiten von jungen Menschen nachhaltig einschränken und »zu weiteren Schwierigkeiten im späteren Alter führen«, wie es heißt.

Im Jahresdurchschnitt 2007 bezogen 1,35 Mio. Personen zwischen 18 und 29 Jahren ALG II. Ein Teil ist aus alterstypischen Gründen nur zeitweise von Armut betroffen. Diese vorübergehende Bedürftigkeit kann zum Beispiel auftreten, wenn die Ausbildung noch andauert oder junge Erwachsene eine Familie gründen und ihr Einkommen noch nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.

Das deutlich größere Problem sei jedoch Bedürftigkeit aufgrund geringer Qualifizierung und Langzeitarbeitslosigkeit, sagt Schels: »Hiervon betroffene junge Erwachsene tragen ein hohes Risiko, dass sie keinen dauerhaften Zugang zum Erwerbsleben finden.«

Die DGB-Jugend fordert seit langem die Rückkehr zu einer echten aktiven Arbeitsmarktpolitik – und mehr Anstrengungen im Bildungs- und im Ausbildungssektor wie etwa die Umlagefinanzierung. ⁵

Die IAB-Zahlen im Download: <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb2208.pdf>

IAB – DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Dauerzustand Hartz IV

Wer besonders betroffen ist:

□ Junge Erwerbstätige mit Familie und Alleinerziehende beziehen überdurchschnittlich lange ALG II, wenn ihnen der Eintritt in eine möglichst dauerhafte und existenzsichernde Beschäftigung nicht gelingt.

□ SchülerInnen können längerfristig ALG II benötigen, wenn sie keinen Zugang zur Berufsausbildung finden, oder wenn die Bedürftigkeit

während einer mehrjährigen Ausbildung mit geringer Vergütung fortbesteht.

□ Am häufigsten ist die anhaltende Bedürftigkeit allerdings auf Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Vor allem Geringqualifizierte und junge Menschen ohne Berufserfahrung tragen ein hohes Risiko, keinen dauerhaften Zugang zum Erwerbsleben zu finden. Sie sind auf Betreuungs- und Qualifizierungsangebote der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen. ⁵

Zentralvergabe gefordert

GEW: Gesetz für Hochschulzugang dringend notwendig – gegen Mehrfachbewerbungen und leere Studienplätze.

Die Bildungsgewerkschaft GEW hat sich für ein Bundesgesetz zur Regelung des Hochschulzugangs ausgesprochen. »Die Hochschulen sind mit der dezentralen Steuerung des Hochschulzugangs offensichtlich überfordert. Viele junge Menschen müssen sich an mehreren Hochschulen gleichzeitig bewerben, am Ende bleiben viele Studienplätze unbesetzt. Vor dem Hintergrund eines bevorstehenden Ansturms junger Menschen auf viel zu wenige Studienplätze ist das unverantwortlich«, kritisiert das für Hochschule und Forschung verantwortliche GEW-Vorstandsmitglied, Andreas Keller, vor dem Hintergrund der jüngsten Beschlüsse der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im November 2008.

Er machte darauf aufmerksam, dass der Bund auch nach der Föderalismusreform eine Bundeskompetenz zur gesetzlichen Regelung der Hochschulzulassung besitze.

»Die Politik darf nicht länger zuschauen, wie jungen Menschen Zukunftschancen genommen werden. Wir brauchen jetzt ein Bundesgesetz zur einheitlichen Regelung des Hochschulzugangs. In allen Studiengängen, in denen Plätze knapp sind, müssen die Studienplätze zentral vergeben werden«, fordert Keller. Es dürfe nicht der Entscheidung jeder einzelnen Hochschule überlassen werden, ob sie sich an einem zentralen Verfahren beteilige oder nicht. Darüber hinaus müssten sich Bund und Länder endlich auf einen leistungsfähigen »Hochschulpakt II« verständigen, um ausreichend Studienplätze zu schaffen und so den Numerus clausus zu überwinden.

Mit einem Bundesgesetz könne auch die überfällige Öffnung der Hochschulen für AbsolventInnen der beruflichen Bildung erreicht werden. ⁵

www.gew.de

STUDIERN OHNE ABI

Besser durchlässig

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat sich auch für »einfache und länderübergreifende« Regeln für den Zugang von Nicht-AbiturientInnen zum Studium ausgesprochen. Wer eine berufliche Ausbildung hat, sollte sich einem »Zugangsverfahren« für seinen Wunschstudiengang stellen können.

Der hochschulpolitische Sprecher der Grünen, Kai Gehring kritisiert: »Zulassungsprüfungen für beruflich Qualifizierte dürfen die Durchlässigkeit im Bildungssystem nicht behindern. Wer einen Meistertitel oder einen vergleichbaren Abschluss hat, sollte an jeder Hochschule in Deutschland studieren können.« ⁵

www.hrk.de, www.gruene-jugend.de

Du hast die Wahl

Die DGB-Jugend beginnt mit den Vorbereitungen für die Kampagne zur Bundestagswahl 2009.

Die Bundestagswahl findet zwar erst im Herbst 2009 statt – aber die Vorbereitungen der DGB-Jugend laufen jetzt schon. Das Ziel der Aktivitäten: Bereiche, die Jugendliche und junge Erwachsene betreffen, in den Vordergrund zu rücken und die Anforderungen der Gewerkschaftsjugend an eine jugendgerechte Politik zu transportieren. »Wir wollen junge Erwachsene mit den Themen erreichen, die sie ganz konkret angehen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Gute Ausbildung und gute Arbeit sind die Dinge, die sich – nicht nur – Jugendliche für ihr Leben wünschen. Arbeitnehmerfeindlichkeit, die sich in schlechter Arbeit und prekären Lebenssituationen äußert, ist aber oft genug die Realität. Hierzu wird die DGB-Jugend Wahlprüfsteine entwickeln und die Positionen und Wahlprogramme der Parteien mit ihren Anforderungen und Vorstellungen abgleichen. Vielleicht hat ja eine Partei etwas Besseres im Gepäck als die ewig gleichen Beruhigungsfloskeln.

Alle Aktivitäten und Materialien richten sich in erster Linie an die durch die Gewerkschaftsjugend direkt erreichbaren Jugendlichen. Dazu wird es Wahlmappen, Videoclips und Veranstaltungen geben. Ganz wichtig: eine Service-CD mit kurzen Videoclips, in denen Positionen der Parteien

exemplarisch gegenübergestellt und Unterschiede an einzelnen Fragestellungen verdeutlicht werden, die für die Gewerkschaftsjugend von Bedeutung sind. Bildungsangebote und spezielle Internetseiten werden ebenfalls angeboten. Ziel ist es, Hintergrundinfos zu den Themen Wahlen, Demokratie und Handlungsmöglichkeiten für die Wahrnehmung und Vertretung von Interessen bereitzustellen – »Immer aus der Perspektive von Jugendlichen« (Rudolf).

Die Materialien sind zum Einsatz für Kurzbesuche an Schulen, für Jugendseminare und für MultiplikatorInnen in den Betrieben geeignet. Denn: »Unsere Ehrenamtlichen brauchen etwas in die Hand«, wie Bayerns DGB-Landesjugendsekretär Mario Patuzzi sagt.

Der andere Schwerpunkt: Rechtsextremismus – in Zusammenhang mit Wahlen natürlich ein Dauerthema. Die Gewerkschaftsjugend engagiert sich traditionell stark gegen Rattenfängerparteien à la NPD und arbeitet daraufhin, dass junge Leute sich hier nicht blenden lassen. Ziel ist es auch, Jugendlichen deutlich zu machen, welche demokratische Rolle und Gestaltungsmöglichkeit sie als WählerInnen mit ihrer Stimme haben.

»Kein Bock auf Nazis«, heißt die Devise. Die DGB-Jugend wird Informationen zu rechtsextremen Organisationen, die Parteilwerbung machen, publik machen- und deren Strategien, an jugendliche ErstwählerInnen heranzukommen, entlarven. Es wird Aufklärungsarbeit geleistet – gegen rechts-extremistische Parteien und deren Netz-

werke, ihren Populismus und die Nationalisierung der Sozialen Frage.

Nicht zu vergessen: Es wird auch auf jeden Fall Aktionstipps geben – denn dezentrale Aktionen zum Setzen eigener Schwerpunkte sind das Salz in der Suppe! Hier kann sich die DGB-Jugend – wie bei der gesamten Kampagnengestaltung – auf ihre eigenen Ressourcen verlassen, sprich Ehren- und Hauptamtliche.

Bis 8. Mai 2009 werden sämtliche Materialien bereitstehen. Nun heißt es: »Ran an die Wahl« (DGB-Landesjugendsekretär Saar Holger Meuler). [S](#)

DGB-JUGEND

Termine 2009

- 11. Februar:** Parlamentarischer Abend, Berlin
- 13. bis 15. März:** Aktivenkonferenz, Hattingen
- 2. September:** Veröffentlichung Ausbildungsreport, Berlin
- 27. September:** Bundestagswahl
- 9. bis 11. Oktober:** Organising-Konferenz, Hattingen
- 19. bis 21. November:** Bundesjugendkonferenz, Göttingen

DGB-Bezirksjugendkonferenzen 2009:

- 12. bis 14. Juni: Nord. 19. bis 21. Juni: Baden-Württemberg. 3. bis 5. Juli: Berlin-Brandenburg (Bezirksjugendausschuss). 4. bis 5. September: Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt. 5. September: NRW und West. 11. bis 12. September: Sachsen. 19. September: Hessen/Thüringen

Kosten senken wollen

Der DIHK hat keine Lust auf gesetzestreue PraktikantInnen.

Er scheut Gesetze wie der Teufel Weihwasser: der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Warum diesmal? Die Wirtschaft sträubt sich gegen die vom Bundesarbeitsministerium geplanten und von der Gewerkschaftsjugend geforderten Schutzvorschriften für PraktikantInnen. DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun warnt schon vor den globalen Auswirkungen und einer echten PraktikantInnenkrise: 100.000 Praktika-Plätze seien hierzulande in Gefahr. Die Pläne der Bundesregierung, revolutionär, wie sie sind, sehen u.a. vor, dass Praktikan-

ten eine Vergütung einklagen können.

Den Missbrauch der PraktikantInnen als Billig- oder gar Umsonstarbeitskräfte findet selbst Braun doof. Laut seiner eigenen Umfrage geben nämlich schon mal 7,5 Prozent der Unternehmen an, PraktikantInnen bei Personalengpässen einzusetzen, 3,3 Prozent senken mit ihnen regelmäßig die Personalkosten. Dem DIHK fällt dazu die bahnbrechende Erkenntnis ein, den Studierenden fehle ja schließlich die Praxiserfahrung. Fakt ist: 87 Prozent von ihnen machen während ihres Studiums Praktika (DGB-Studie »Generation Praktikum«).

In der DIHK-Studie heißt es auch: »Arbeitet ein Praktikant über Monate hinweg an denselben Aufgaben in derselben Abteilung, ohne dass er angeleitet wird, läuft der Arbeitgeber auch bisher schon Gefahr, im Rahmen der geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen auf ein Arbeitnehmergehalt verklagt zu werden. Kritiker weisen darauf hin, dass diese Regelungen nicht ausreichend bekannt seien. Es ist aber der falsche Weg, Vollzugs- und Informationsdefizite mit neuen Gesetzen zu bekämpfen.«

Schaden könnt's aber auch nicht. [S](#)

Die DIHK-PraktikantInnen im Internet: www.dihk.de

Ausbildung zum Jugendvertreter

Die erste Maßnahme für die neu gewählten JAV-Mitglieder ist: Der Besuch einer Schulung.

Vom 1. Oktober bis 30. November wurden die regelmäßigen Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) durchgeführt. Die Gremien finden sich üblicherweise in der konstituierenden, also ersten JAV-Sitzung. Meistens ergeben sich schon in dieser ersten Sitzung zahlreiche Fragestellungen sowie Unklarheiten hinsichtlich der Rechte und Pflichten der JAV bzw. der einzelnen JAV-Mitglieder.

Beispiele:

- Darf die JAV sich allen Auszubildenden im Intranet vorstellen bzw. entsprechende Informationen verbreiten?
- Muss die JAV Sprechstunden anbieten und Jugend- und Auszubildendenversammlungen durchführen – und wenn ja, was muss dabei beachtet werden?
- Muss die JAV an allen Betriebsratssitzungen teilnehmen – und wenn ja, reicht es aus, wenn ein Mitglied aus dem Gremium teilnimmt?

Auch die einköpfigen JAVen stehen nach der Mitteilung über ihre Wahl häufig wie der berühmte Ochs vor dem Scheunentor. Hintergrund ist natürlich, dass alle Gewählten hauptberuflich eine Ausbildung absolvieren bzw. eine wie auch immer gestaltete Arbeitsleistung erbringen müssen – eine spezielle Ausbildung zum JAV-Mitglied absolviert üblicherweise niemand!

Das entsprechende Fachwissen zur Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse wird in speziellen Schulungen vermittelt – für die gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung (§ 37 Abs. 6 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG).

Entscheiden muss die JAV dann nicht

nur Zeitraum und Ort der Schulung, sondern auch, ob das komplette Gremium hinfährt – oder nur einzelne JAV-Mitglieder teilnehmen. Für ganz große JAV-Gremien kann auch die Durchführung einer Inhouse-Schulung in Betracht kommen. Darüber hinaus gibt es natürlich auch die Möglichkeit, dass eine Schulung speziell für alle JAVen eines Unternehmens durchgeführt wird. Nun entscheidet dies erst einmal die JAV selbst.

Aber Vorsicht: Die JAV ist laut BetrVG nur »ein Hilfsorgan« des Betriebsrats. Sie kann also gegenüber der Arbeitgeberseite nicht selbstständig agieren. Von daher bedarf es grundsätzlich immer eines rechtswirksamen Beschlusses des Betriebsrats hinsichtlich der Entsendung von JAV-Mitgliedern zu einer bestimmten Schulung. Erst der Beschluss des Betriebsrats löst rechtlich den Anspruch auf Freistellung sowie Entgeltfortzahlung – und, ganz wichtig: die Kostenübernahme aus. Schließlich muss die Arbeitgeberseite sämtliche Kosten der Schulung wie Teilnahmegebühr, Reise- und Übernachtungsauslagen übernehmen. Denn der alleinige JAV-Beschluss reicht nicht aus, um die Kostentragungspflicht des Betriebs auszulösen. Das bedeutet, dass die JAV ihre Vorstellungen mit dem Betriebsrat besprechen muss.

Natürlich ist es auch zulässig, dass die JAV einen Beschluss fasst und beim Betriebsrat beantragt, dass der Vorschlag der JAV in der nächsten Betriebsratssitzung beraten werden soll.

Wichtig: Bei neu gewählten JAV-Mitgliedern hat der Betriebsrat eigentlich rechtlich keinerlei Ermessensspielräume, einen entsprechenden so genannten Entsendebeschluss zu der Schulungsteilnahme *nicht* zu fassen. Theoretisch mögliche negative Beschlüsse sind von daher wohl eher eine Fiktion, zumal natürlich bei der Beschlussfassung über die Entsendung einzelner JAV-Mitglieder zur Schulungsteilnahme sämtlichen JAV-Mitgliedern nicht nur ein Teilnahmerecht, sondern auch ein Stimmrecht (überwiegende Betroffenheit im Sinne des § 67 Abs. 2 BetrVG) zusteht.

Der Betriebsrat muss dem Arbeitgeber nach der Beschlussfassung den genauen Inhalt des Entsendungsbeschlusses mitteilen. Im Übrigen sollte man darauf achten, dass Beschlussfassung und Mitteilung über die Entsendung nicht erst eine Woche vor der Schulung erfolgt.

Problem Wiedergewählte

Hat ein wiedergewähltes JAV-Mitglied bereits in seiner ersten bzw. auch zweiten Amtsperiode an entsprechenden Grundlagenschulungen teilgenommen, so ist es nach der Rechtsprechung nicht mehr als »erforderlich« anzusehen, wenn die zu meist inhaltlich identischen Grundlagenschulungen noch einmal besucht werden – sofern nicht der Gesetzgeber grundlegend etwas Neues zu den Aufgaben und Pflichten der JAV gesetzlich verabschiedet hat.

Hat der Arbeitgeber mit einer wiederholten Teilnahme keinerlei Probleme oder genehmigt er sie ausdrücklich, können natürlich bereits absolvierte Schulungen noch einmal besucht werden.

Problem Ersatzmitglieder


Der Gesetzgeber hat nur den ordentlichen Gremiumsmitgliedern einen Schulungsanspruch zugestanden. Ersatzmitglieder, die nicht endgültig nachgerückt sind, haben leider keinen Schulungsanspruch.

Bei der Durchführung von Inhouse-Schulungen ist es allerdings üblich, dass auch Ersatzmitglieder zur Schulungsteilnahme freigestellt werden.

Hinweis: Die Freistellung zur Schulungsteilnahme wird allerdings auch in zwei Ausnahmefällen als erforderlich angesehen:

- Wenn das Ersatzmitglied bei vorübergehender Verhinderung eines JAV-Mitglieds für einen längeren Zeitraum (z. B. Elternzeit) nachrückt
- Wenn das Ersatzmitglied sehr häufig für verhinderte JAV-Mitglieder einspringen muss.

Ebenfalls einen Anspruch auf Schulung können die Ersatzmitglieder einer einköpfigen JAV geltend machen. Würde in dieser Konstellation kein Schulungsanspruch bestehen, könnte im Betrieb keinerlei kontinuierliche JAV-Arbeit stattfinden.


Stellt sich der Arbeitgeber hinsichtlich der Freistellung für die Teilnahme an erforderlichen JAV-Schulungen quer, sollten sich Betriebsrat und JAV möglichst umgehend mit einem sachkundigen Rechtsanwalt und/oder ihrer Gewerkschaft in Verbindung setzen, damit zur Not die Arbeitsgerichtsbarkeit eingeschaltet werden kann – was üblicherweise mit weiteren Kosten für den Betrieb verbunden ist. 



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-Dieter Rudolph, Berlin

DAS IST ZU BEACHTEN

Schritte zur Schulungsteilnahme

- Interne Klärung und Beschlussfassung durch die JAV
- Information und Antrag an den Betriebsrat
- Beschlussfassung des Betriebsrats
- Mitteilung des Entsendungsbeschlusses an die Arbeitgeberseite
- Teilnahme an der erforderlichen Schulungsveranstaltung. 

Ehrenamt Europa

Die ver.di Jugend stellt sich international auf. **Lorenz Kaminski**, 21, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der Bundesdruckerei in Berlin, nahm am Treffen der Jugendabteilungen von UNI, dem Dachverband der europäischen Dienstleistungsgewerkschaften, in Barcelona teil.

Worum ging es in Barcelona – und was hast du für deine Arbeit in der JAV von dem Kongress mitnehmen können?

In den vielen Gesprächen mit den Kollegen der anderen Gewerkschaften ist mir noch mal bewusst geworden, dass die Rechte der Arbeitnehmer – wie z.B. der Arbeits- und Kündigungsschutz – auf europäischer Ebene abgetragen werden. Da müssen wir als Interessenvertretung geschlossen handeln. Ich denke auch, der Forderung auf ein Grundrecht auf Aus- und andere Bildung können wir nur mit einer geschlossenen Position der europäischen Gewerkschaftsjugendlichen Nachdruck verleihen.


Wie hat sich die zehnköpfige ver.di Jugend-Delegation eingebracht?

Wir waren die einzige Delegation die nur Ehrenamtliche nominiert hatte! Wir konnten durch die gute Vorarbeit des Arbeitskreises Internationales viele inhaltliche Anträge einbringen, die alle beschlossen wurden. Zudem wurde mit Arne Brix erstmals ein Mitglied der ver.di Jugend zum Vize-Präsidenten gewählt.

Welche inhaltlichen Positionen habt ihr eingebracht?

Wir haben Anträge eingereicht, die auf die prekäre Situation junger Arbeitnehmer hinweisen – und darauf, europaweit gemeinsam für bessere Bedingungen zu streiten. Dazu müssen wir im Austausch stehen und wissen, wie die Situation in anderen Ländern aussieht. Wir haben einen Antrag eingebracht, der gegen das EU-Konzept der Flexicurity gerichtet ist. Mit diesem Antrag haben wir die Idee der Guten Arbeit zu einem Arbeitsschwerpunkt der UNI-Europa-Jugend gemacht. Um die Arbeitsbedingungen international vergleichbar zu machen, soll entsprechend dem regelmäßig im Auftrag des DGB erstellten Index Gute Arbeit ein europäischer Index erarbeitet werden.

Wie möchte die UNI-Europa-Jugend ihren Forderungen Nachdruck verleihen?

Neben der Beteiligung an Protesten und Streiks gegen die Aufweichung der Rechte von Arbeitnehmern wollen wir auf Lobbyarbeit bei EU-Parlamentariern und Bündnisarbeit auf Gewerkschaftsebene setzen. 




Europaweit aktiv: Lorenz Kaminski

UNI-JUGEND

Junge europäische Dienstleister

Die europäischen Gewerkschaften sind vor allem auf nationalstaatlicher Ebene aktiv. Um das zu ändern, trafen sich Ende Oktober 2008 rund 200 Delegierte aus mehr als 40 Gewerkschaften in Barcelona zum europäischen Kongress der UNI-Europa-Jugend, in der die Jugendabteilungen der Dienstleistungsgewerkschaften des Kontinents zusammengeschlossen sind.

Mit Arne Brix wurde ein Aktivist der ver.di Jugend in den vierköpfigen geschäftsführenden Vorstand der Organisation gewählt, die in Europa rund eine Million Gewerkschaftsjugendliche vertritt.


Insgesamt repräsentieren die zu UNI gehörenden Gewerkschaften mehr als sieben Millionen Mitglieder. Sie müssen internationale Strategien entwickeln. »Wir wollen verhindern, dass sich die Beschäftigten verschiedener Betriebe und Länder gegeneinander ausspielen lassen«, lautet Brix' Fazit. 




Nun im UNI-Vorstand: Arne Brix

KURZ UND KLEIN

Aktivposten


 Im Rahmen der Kampagne »schlauer statt rechts« haben es sich die **DGB-Jugend NRW** und andere Jugendverbände zur Aufgabe gemacht, Jugendliche über rechtsextreme Musik aufzuklären. Hierzu haben sie eine Multimedia-CD erstellt, die in Schulen und Bildungseinrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Für diese CD hat die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano mit der Kölner HipHop-Band Microphone Mafia Lieder vertont, die in den Schulunterricht integriert werden können. Die CD bietet darüber hinaus Arbeitsblätter, Präsentationen, Hintergrundmaterial und ein Video.

www.schlauer-statt-rechts.de

 Die **DGB-Jugend München** fordert als Mitglied der Initiative »Für mehr drin!« vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund MVV die Einführung eines Semestertickets für SchülerInnen,


Azulis und Studierende zu verbilligten Konditionen.

www.dgb-jugend-muenchen.de

 Er gilt als einer der Hoffnungsträger der Grünen: Cem Özdemir. Der Schwabe, der zum Nachfolger von Reinhardt Bütikofer an die Parteispitze gewählt wurde. In seiner kämpferischen Bewerbungsrede benannte er auch künftige Bündnispartner: von der Anti-Atomkraft-Bewegung in Gorleben über SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen bis hin zum Zentralverband des Deutschen Handwerks, da dieser sich für die Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung einsetze. **IG BAU**-Bundesjugendsekretär Christian Beck vermisst da was: »Die Gewerkschaften zählen offensichtlich nicht zu Özdemirs potenziellen Bündnispartnern.« Dies sei verwunderlich, da die Gewerkschaften, namentlich die IG BAU, sich schon seit Jahrzehnten für eine massive Ausweitung der ener-

getischen Gebäudesanierung einsetzen.

www.igbau-jugend.de

 Der Betriebsrat und die Gewerkschaft **ver.di** haben nach monatelangem Rechtsstreit vor dem Münchener Arbeitsgericht die Übernahme der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) beim Möbelkaufhaus XXXLutz durchgesetzt.

Das Unternehmen wollte die KollegInnen der fünfköpfigen JAV nach der Ausbildung nicht übernehmen. Da nach dem Betriebsverfassungsgesetz JAV-Mitglieder bei Übernahme und Neueinstellung zu bevorzugen sind, wurde Klage vom Betriebsrat und der Gewerkschaft ver.di eingereicht. Besonders brisant: Die JAV war sehr aktiv. Bei ver.di legt das den Verdacht nahe, dass es sich bei der Übernahmeweigerung um eine politisch motivierte Aktion handelte.

http://jugend.verdi.de/news/sieg_fuer_jav_bei_xxxlutz

WEBTIPP DES MONATS

Wer sammelt welche Daten und warum? Welche Gesetze gelten, was sind die größten Datenpannen? Die Seite datenparty.de richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene und soll sie im Umgang mit ihren persönlichen Daten sensibilisieren. Anhand vieler Praxisbeispiele wird gezeigt, wo wer Daten sammelt und was damit gemacht werden kann. Ganz klar: Meistens geht es um die Bereiche Internet/Soziale Netzwerke, Handy oder Fotografie. Aber eben nicht nur. Die Initiatoren der Seite, der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit für das Saarland, Roland Lorenz, und der Jugendserver Saar, wollen aber eines nicht: Panik verbreiten. Vielmehr soll es um einen bewussten Umgang mit persönlichen Daten gehen. Dennoch sollte man nicht vergessen – und die Telekom hat es ja bewiesen: Gerade GewerkschafterInnen können Ziel von Ausspähaktionen werden.

www.datenparty.de

+ Messlatte: Geht es in deiner Region geschlechtergerecht zu? Mit dem »Gender-Index« gibt es ab sofort das erste bundesweite Messinstrument zur regionalen Verteilung der Gleichbehandlung.

www.gender-index.de

+ Gute Arbeit, wohin man schaut: Das ver.di-Projekt E-Union hat jetzt das Internet-Lexikon Wikipedia erweitert und die »Wiki Gute Arbeit« online gestellt. Es handelt sich dabei um eine Plattform für den Informations- und Wissensaustausch gewerkschaftlicher und gewerkschaftsnaher ExpertInnen zu den Themen Qualität der Arbeitsbedingungen, Arbeitsgestaltung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz.

<http://wiki-gute-arbeit.de>

+ Film: Christoph Schlingensief, der originellste Regisseur Deutschlands, hat mit »Die Piloten« einen neuen Talkshow-Film gedreht. Und sie kamen alle: Jürgen Fliege, Rolf Hochhuth, Claudia Roth und Sido. Alles geht gut, bis der Filmemacher seine eigenen Probleme auftischt. Motto: »Von Kranken für Kranke«. Motto zwei: »Formate von morgen für das Fernsehen von früher.«

»Die Piloten«. D 2007. R: Cordula Kablitz-Post. Start: 1. Januar 2009



+ Der Knaller: Der Jugendvideopreis – die Mutter aller Jugendmedienwettbewerbe. Kreative FilmerInnen bis 25 Jahre sollten schnellst ihre besten Arbeiten ins Rennen schicken. Zu gewinnen sind Preise im Gesamtwert von 15.000 Euro.

Einsendeschluss: 15. Januar 2009.
Alle Infos: www.jugendvideopreis.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

DGB-JUGEND – SEMINARE

Heraus mit der Sprache: Vor Publikum frei sprechen zu müssen ist für viele Menschen der krasse Horror. Für GewerkschafterInnen ist die freie Rede aber mal eben die Einstiegsqualifizierung überhaupt! Da ist es besser, man trainiert in diesem Seminar: Der richtige Einsatz von Körpersprache, rhetorischen Mitteln und auch gezielte Pausen sind einige der Werkzeuge. Außerdem lernt man, wie »man ohne viel Aufwand das Publikum in den Bann zieht« (Ankündigungstext).

6. bis 8. Februar 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode RHE 8802

Social-Justice-Training: »Social Justice and Diversity« ist ein Trainingsprogramm, in dem die Vermittlung von sozialer Gerechtigkeit und die Anerkennung von Verschiedenheit zentrale Themen sind. Wer die Methodik kennenlernen möchte und am Thema Klassismus (Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht) interessiert ist, kann hier mal reinschnuppern. Mit den Koriphäen des Social-Justice-Trainings: Leah Carola Czollek und Heike Weinbach.

6. bis 8. Februar 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode SJK 8801

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	